

## **Ausschussvorlage**

Ausschuss: KPA, 59. Sitzung am 16.05.13

Stellungnahmen zu:  
Gesetzentwurf Drucks. [18/7125](#)  
– schulische Inklusion –

1. Landeswohlfahrtsverband Hessen	S. 1
2. Alexander-Schmorell-Schule, Schule mit Förderschwerpunkt körperliche/motorische Entwicklung	S. 3
3. Ganztagschulverband GGT e. V., Landesverband Hessen	S. 8
4. Gemeinsam leben Hessen e. V.	S. 10
5. Verband Deutscher Privatschulen e. V. (VDP) Hessen	S. 14
6. Verband Sonderpädagogik, Landesverband Hessen e. V.(vds)	S. 17



Landeswohlfahrtsverband Hessen  
Postfach 10 24 07, 34024 Kassel

Vorsitzender des  
Kulturpolitischen Ausschusses  
im Hessischen Landtag  
Herrn Dr. Michael Reuter  
Postfach 3240  
65022 Wiesbaden

**Landeswohlfahrtsverband Hessen**  
Der Kommunalverband der hessischen  
Kreise und kreisfreien Städte

Der Landesdirektor

Datum 2. Mai 2013  
Auskunft Frau Gerdßen  
Telefon 0561 / 1004-2386  
Telefax 0561 / 1004-1386  
E-Mail christa.gerdsen@lwv-hessen.de  
Zimmer 09  
Zeichen 401 - 109.20

**Öffentliche mündliche Anhörung des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der SPD für ein Gesetz über die Neuregelung schulischer Inklusion in Hessen (GENESIS) - Drucks. 18/7125;**

Schreiben vom 12.04.2013, Az. I A 2.8

Sehr geehrter Herr Dr. Reuter,

herzlichen Dank für die Übersendung des Gesetzentwurfs mit der Gelegenheit, Stellung zu nehmen sowie an der Anhörung im Kulturpolitischen Ausschuss teilzunehmen zu können.

Da der LWV Hessen ausschließlich Träger überregionaler Förderschulen ist, haben wir den Gesetzentwurf insbesondere gesichtet im Hinblick auf die beabsichtigten Änderungen, die für uns in dieser Funktion relevant sein könnten.

Nach eingehender Befassung mit dem Gesetzentwurf sowie dessen Begründung stellen wir fest, dass wichtigster Aspekt der Neuregelung schulischer Inklusion in Hessen die geplanten Veränderungen bezüglich des sog. Ressourcenvorbehalts des bisherigen Schulgesetzes vom 14.06.2005, zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.12.2012, sind.

An mehreren Stellen betont der vorliegende Entwurf das Abweichen von der bisherigen Regelung - im Vorspann, im allgemeinen Teil der Begründung und im Gesetzestext selbst - mit der Einführung eines regionalen Förderbudgets und der Umschichtung von Stellen aus den (bisherigen) Schulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen.

Aus der Sichtweise verbesserter Inklusionsbedingungen für Kinder und Jugendliche mit einem Anspruch auf sonderpädagogische Förderung ist dies grundsätzlich zu begrüßen. Wichtig und zentral wäre insoweit, dass das regionale Förderbudget (§ 50 Abs. 4 - Entwurf -) sowie die Kooperationsvereinbarungen zwischen Schule, Jugendhilfeträger und Land (§ 50 Abs. 3 - Entwurf -) dann auch ausreichende finanzielle Mittel für die personelle Gestaltung inklusiver Beschulung bereitstellen.

Unter Berücksichtigung des Umstands, dass konkrete Finanzierungsregelungen nicht getroffen werden, sind zusätzliche Kostenbelastungen für die Schulträger nicht auszuschließen. Aus dem Wortlaut „regionales“ Förderbudget könnte die Schlussfolgerung gezogen werden, dass eine regionale Finanzierung des jeweiligen Schulträgers angestrebt wird, ein Ausgleich aus originären Landesmitteln für die weitere Umsetzung also nicht vorgesehen ist. Wenn Inklusion als eine „umfassende Landesaufgabe“ begriffen wird, wäre diese Regelungslücke unbedingt auch im Sinne einer Landesfinanzierung zu schließen.

Selle 1 von 2

Internet  
[www.lwv-hessen.de](http://www.lwv-hessen.de)

Telefon  
0561 1004 - 0  
Telefax  
0561 1004 - 2727

Besucheranschrift  
Ständeplatz 6-10  
34117 Kassel

Bankverbindung  
Kto-Nr. 408 100 700 7  
BLZ 520 500 00  
Landesbank Kassel  
IBAN DE04 5205 0000 4091 0070 07  
BIC HELADEF520

Als im Sinne des Inklusionsgedankens wenig zielführend erachte ich die im neu zu fassenden § 50 Abs. 2 vorgesehenen „Fördersysteme wie zum Beispiel Kleinklassen für Erziehungshilfe und Sprachheilklassen“.

Das Zusammenfassen von Schülerinnen und Schülern mit dem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung in Kleingruppen im äußeren Rahmen der Regelschule würde zu erneuter Benachteiligung und Stigmatisierung führen und widerspricht damit grundsätzlich den Zielen der Inklusion. Die Kleinklasse war seit ihrem Entstehen - aus Schulsicht - ein „System ohne Wirkung“. Sinnvoller wäre es, die vorbeugende Arbeit der dezentralen Erziehungshilfe, einem erprobten, präventiv äußerst wirksamen Faktor der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit schulischem Problemverhalten, zu erhalten und an ihren Standorten deutlich zu stärken.

Der Gesetzentwurf sieht als weiteren wesentlichen Schritt zur Realisierung eines inklusiven Schulwesens mit der Änderung des § 53 in dessen neu zu fassenden Abs. 4 HSchG vor, dass die Förderung im Schwerpunkt Lernen ausschließlich im Rahmen der inklusiven Beschulung erfolgt.

Zum einen würde damit eine sinnvolle Ressourcenumschichtung ermöglicht werden. Zum anderen räumt das geltende HSchG den Leiterinnen und Leitern der Förderschulen derzeit die Möglichkeit ein, nicht nur eigenverantwortlich Anspruch auf sonderpädagogische Förderung festzustellen, sondern darüber hinaus Schülerinnen und Schüler in die eigene Förderschule aufzunehmen. Beides vor dem Hintergrund mangelnder Ressourcen zur inklusiven Beschulung sowie nur geringer Steuerungsmöglichkeit des Staatlichen Schulamtes eine aus Schulträgersicht nicht unkritische Konstellation, die teilweise vor allem an den Schulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen die Schülerzahlen nicht unerheblich hat anwachsen lassen.

In diesem Zusammenhang ist die im § 54 Abs. 1 - Entwurf - vorgesehene Einbindung der Schulaufsichtsbehörden in den Feststellungsprozess eines Anspruchs auf sonderpädagogische Förderung ausdrücklich zu begrüßen. Diesen würde dadurch eine wichtige Steuerungsmöglichkeit (zurück-) übertragen. Damit könnte auch einem „unkontrollierten Anwachsen“ der Schülerzahlen in einigen Förderschulen wirksam begegnet werden.

Der beabsichtigte § 51 Abs. 3 HSchG würde die Möglichkeit eröffnen, Förderschulen in inklusive Schulen umzuwandeln. Diese Regelung würde Schulträgern wie z. B. dem LWV Hessen erweiterte Gestaltungsspielräume in einer inklusiven hessischen Bildungslandschaft eröffnen, was grundsätzlich zu begrüßen ist.

Mit freundlichen Grüßen



(Uwe Brückmann)

Karl Ludwig Rabe

Hann.Münden, den 06.05.2013

Alexander-Schmorell-Schule Kassel

Dienstl. 0561/813028, priv. 05544/635

## Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Neuregelung schulischer Inklusion in Hessen (GENESIS)

### § 49 Anspruch auf sonderpädagogische Förderung

- (1) Gemeinsame Beschulung als definierter Regelfall auf der Basis des Anspruches auf sonderpädagogische Förderung und „angemessene Unterstützung“

*Diese wäre zu beschreiben, Sozial- und Jugendhilfeleistungen zum Beispiel*

*Weshalb wird in (1) der Behinderungsbegriff eingeführt, der im geltenden 49 nicht enthalten ist?*

- (2) Elternwunsch ist zu berücksichtigen: Wahlrecht der Eltern umfassend;

*Zunächst einmal eine begrüßenswerte Formulierung; wenn die Schulform nicht mehr oder nur noch eingeschränkt vorgehalten wird (Förderschule L), gibt es das Wahlrecht wohl kaum noch, ein Teil der Elternschaft wird auf Privatschulen ausweichen.*

*Bedeutet §51(2), dass die Förderung gleich mit welchem Anspruch auf sonderpädagogische Förderung an jeder allgemeinen Schule stattfinden kann oder bezieht sich der Satz auch auf die Wahl einer Förderschule?*

- (3) Förderplan: wie bekannt aber: wieso entfällt hier die Kurzdefinition und die Fortschreibungspflicht?

### § 50 Inklusion, Kooperationsvereinbarung, Förderbudget (statt „Förderauftrag und Förderschwerpunkte“)

- (1) Rehabilitation und Inklusion als gemeinsamer Auftrag von allgemeinen Schulen und Förderschulen:

*Grundsätzlich richtiger Ansatz wie bisher; Weshalb werden bei der Prävention die Beratungs- und Förderzentren nicht mehr benannt? Nicht jede Förderschule ist BFZ.*

- (2) Kleinklassen Eh und Sprachheilklassen als Mittel der Prävention

*Dies ist eher schon eine Intervention, Prävention muss eher ansetzen, und zwar im vorschulischen Bereich und auf der Ebene der Therapie und der Frühförderung, eine effektivere Zusammenarbeit ist möglich. Weshalb werden die Dezentrale Erziehungshilfe und die Sprachheilförderung hier nicht mehr genannt? Die Festlegung auf Kleinklassen ist an dieser Stelle nicht überzeugend.*

*Ebenfalls nicht plausibel ist der Wegfall der Nennung der Förderschwerpunkte an dieser Stelle. Sie werden unter dem §53 „Förderschulen und Förderzentren“ aufgelistet, was aber wegen des Förderanspruchs auch in der inklusiven Beschulung nicht einleuchtet.*

- (3) Kooperationsvereinbarung zwischen Schul- und Jugendhilfeträgern zur inklusiven Beschulung:

*Grundsätzlich zu begrüßen, der Sozialhilfeträger fehlt hier im Sinne von SGB IX und XII. Zudem sollte ein wirkungsvolles Beteiligungsverfahren erwähnt werden.*

- (4) Regionale Förderbudgets im Rahmen von Kooperationsvereinbarungen:

*Guter Ansatz, da sinnvoll ressortübergreifend*

## § 51 Inklusiver Unterricht an allen Schulen

- (1) Forderung an alle Schulen und Lehrkräfte, Zusammenarbeit mit den „Förderzentren“ : *Grundsätzlich in Ordnung, aber die Formulierungen des gültigen Absatz 1 sind umfassender und präziser. Was sind „Förderzentren“? Sind sie identisch mit den BFZ? Was ist mit dem Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“, in dem kaum BFZ existieren?*

- (2) Negierung des Anspruchs auf eine bestimmte Schulform: *Sinnvoll als individuelle Abwägung, aber auch als neue Form des Ressourcenvorbehaltes lesbar. Sollen die fachlichen Spezifika der verschiedenen Förderschulformen aufgehoben werden? Weshalb entfällt hier die Verpflichtung der Schulträger, für die räumliche und sächliche Ausstattung zu sorgen?*

- (3) „Förderschulen können in inklusive Schulen umgewandelt werden.“

***Bemerkenswertester Satz des Entwurfes, wenn damit die mögliche Aufnahme nicht behinderter Schüler/innen in Förderschulen zu verstehen ist. Diese Option ist angesichts der vorliegenden Erfahrungen sehr zu begrüßen.***

## §52 Besonderer Unterricht in der Berufsschule

## § 53 Förderschulen und Förderzentren

- (1) Definition von Förderschulen für den Übergangszeitraum bis zur „Verwirklichung eines inklusiven Schulsystems“ *Was ist mit dem Elternwillen nach der Verwirklichung eines inklusiven Schulsystems? Welche Kriterien gelten für ein inklusives Schulsystem? Wurde der Aspekt der Abteilungsbildung und der Mehrfachbehinderung hier bewusst weggelassen? Weshalb wird der Auftrag der Förderschulen, allgemeine Schule zu beraten, weggelassen (siehe besonders Förderschwerpunkt geistige Entwicklung)? Welche fachliche Begründung gibt es dafür?*

Förderschulen eigenständig oder als Abteilung; Berufsschulen: *Bestandsschutz für die Edith-Stein-Schule Hochheim?*

- (2) BFZ: „an Förderschulen eingerichtet“ *also keine Unabhängigkeit. Beratung und Förderung als Aufgaben. Was ist mit der Aufgabe Inklusive Beschulung? Die Zuständigkeit von regionalen und überregionalen BFZ sollte hier bereits verankert werden. Die Mitverantwortung für die Gestaltung des inklusiven Unterrichts steht für den Erhalt von Qualitätsstandards, sie sollte daher nicht gestrichen werden wie im Entwurf lesbar.*

- (3) bis (5) Förderschwerpunkte; Förderschwerpunkt Lernen: *Verzicht auf eine Schulform Was ist mit dem Wahlrecht, soll es hier nicht gelten, so sollte die Abweichung benannt werden. Förderschwerpunkt geistige Entwicklung: Die beiden genannten Aufgaben sollten ergänzt werden (Kulturtechniken, Teilhabe, Spezifika des Bildungsganges) Welche Absicht gibt es im Förderschwerpunkt Sprachheilförderung, gerade angesichts der Möglichkeit, Kleinklassen einzurichten nach §50(2)?*

*Was ist mit der im geltenden §53 vorgesehenen Möglichkeit der Kooperationsklassen?*

*Es ist nicht zu begrüßen, dass die Zielsetzungen der Zusammenarbeit von allgemeinen Schulen und Förderschulen (Verminderung oder Beseitigung von Förderbedarf, Option zielgleicher Schulabschluss) hier nicht mehr explizit benannt werden.*

*Gerade wegen des Umfangs des Förderschwerpunktes Lernen sollte etwas zum Kompetenzerwerb bzw. Kompetenztransfer für Lehrkräfte an allgemeinen Schulen gesagt werden. Ähnliches gilt für die gemeinsame Förderplanung der eingesetzten Lehrkräfte.*

*Schulpolitisch zu bedenken ist die Frage, wie eine Heterogenität hinsichtlich der Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit dem Förderschwerpunkt Lernen sichergestellt werden kann, damit keine „Restschule“ im Haus der allgemeinen Schule entsteht.*

## § 54 Überprüfung und Feststellung des Anspruchs auf sonderpädagogische Förderung

- (1) Antragswesen und Prävention: Schulamt wieder zuständig für die Feststellung des Anspruchs auf sonderpädagogische Förderung: *Dies kann als Sicherung der Fachlichkeit gerade bei infrage kommenden Förderansprüchen körperliche und motorische Entwicklung, Hören oder Sehen betrachtet werden. In Sachen Prävention durch die allgemeine Schule braucht es wirksame Standards.*
- (2) Grundlage der Entscheidung ist in der Regel ein Gutachten: Verfahren wie vor der Schulgesetznovelle; *siehe erste Bemerkung zu (1), inhaltlich klare Definition des Begriffs `Gutachten` ist erforderlich.*
- (3) Allgemeine Schule oder Förderschule: *Förderschule nur auf Elternantrag; entscheidend ist die Sicherung sonderpädagogischer Beratung und Förderung an allen Förderorten.*
- (4) Schulamt bestimmt die zuständige Förderschule nach Elternentscheid für Förderschule: *Klare Entscheidungskompetenz, weitgehend Wiederkehr der früheren Vorgehensweisen.*
- (5) Förderausschuss: auf Antrag der Eltern bei vorliegendem Anspruch: *Rückschritt, da bisher auch vor Feststellung ein Förderausschuss eingerichtet werden kann. „Etikettierung“ also als Vorbedingung für einen Förderausschuss?*  
  
 Vorsitz hat der Fachberater oder ein vom Schulamt Beauftragter: *Vorteil: bessere Steuerungsmöglichkeiten, Nachteil: mögliche Abwertung der BFZ*  
  
 Grundsätzlich ist ein Vertreter des Schul- und Jugendhilfeträgers vorgesehen: *Wohl nur bei deutlicher Reduzierung des Aufkommens von Förderausschüssen machbar.*
- (6) Aufgabe des Förderausschusses: Empfehlung über einen zum festgestellten Anspruch passenden Unterricht, Beratung und Begleitung der allgemeinen Schule im individuellen Fall, *Umwertung der Aufgaben des Förderausschusses, Beratung und Begleitung: Unklar, wie dies umzusetzen ist, welche Aufgabenverteilung mit den Beratungs- und Förderzentren soll es geben?*

## § 55 Nähere Ausgestaltung der sonderpädagogischen Förderung

In der Rechtsverordnung kann die inklusive Beschulung von einer angemessenen räumlichen Ausstattung abhängig gemacht werden: *Hier scheitert der Entwurf an seiner eigenen Vorgabe des Verzichtes auf den Ressourcenvorbehalt und hebt die Entscheidung der Eltern im Einzelfall wieder aus, was durch den Wegfall der auf den Schulträger hinsichtlich seiner Verpflichtungen bezogenen Formulierungen im §51(2)verschärft wird.*

## § 187(6) Übergangsregelung

*Hier sollten flexiblere Lösungen gefunden werden, um die Begleitumstände einer auslaufenden Restschule zu vermeiden, zum Beispiel die Anbindung an allgemeine Schulen im Rahmen von Förderklassen, siehe §53(1)*

Karl Ludwig Rabe

Förderschulleiter





**LANDESVERBAND HESSEN  
im GANZTAGSSCHULVERBAND  
GGT E.V.**  
**Vorsitz:** Guido Seelmann-Eggebert  
**Anschrift:** Lichtenbergstr. 13a  
 65191 Wiesbaden  
**Tel.:** 0611/500691  
**eMail:** gkseelmann@t-online.de

Bankverbindung des Verbandes  
**Nassauische Sparkasse**  
 Kontonr.: 3122145927  
 BLZ: 510 50015

Ganztagsschulverband Hessen

An  
 den Vorsitzenden  
 des Kulturpolitischen Ausschusses  
 Herrn Dr. Michael Reuter  
 Hessischer Landtag  
 z.Hd. Frau Öfftring  
 Schlossplatz 1-3

65183 Wiesbaden

Ihre Zeichen, Ihre Nachr. vom  
 I A 2.8 /12.04.2013

Uns. Zeichen, uns. Nachr. vom  
 Bartak/Stellungnahme GGT e.V.

Datum  
 03. Mai 2013

Sehr geehrter Herr Dr. Reuter,  
 sehr geehrte Damen und Herren,

für die Einladung zur Anhörung am 16.05.2013 bedanke ich mich im Namen des  
 Ganztagsschulverbandes GGT e.V. Landesverband Hessen als Vertreterin für den  
 1.Vorsitzenden, Herrn Seelmann-Eggebert.

Mein Name ist Kristina Bartak, ich bin Mitglied des GGT-Vorstands und Schulleiterin der  
 Grundschule Gießen-West, einer Ganztagsgrundschule, die seit mehr als 20 Jahren sehr  
 vielfältige gute Erfahrungen mit Integrationsklassen im Gemeinsamen Unterricht gemacht  
 hat.

Unsere Stellungnahme zu dem Gesetzesentwurf der Fraktion der SPD für ein Gesetz  
 über die Neuregelung schulischer Inklusion in Hessen konzentriert sich auf zwei unserer  
 Ansicht nach zentrale Aspekte:

1. Ressourcenöffnung, Nutzung von Potenzialen und Synergieeffekten
2. Verortung multiprofessioneller Teams in Stammschulen

*Ganztagsschule* und *Inklusion* sind in ihren Kernzielen eng miteinander verwoben, zeigt  
 doch gerade die Ganztagsschulentwicklung, was es heißt, Schule ganzheitlich auch als  
 sozialen Lern- und Erfahrungsraum, als gemeinschaftlichen Lern- und Lebensraum für  
 Kinder, Jugendliche und ihre Eltern (Partizipation) ernst zu nehmen und Heterogenität in  
 ihrer realen Gegebenheit als Bereicherung, Herausforderung und Chance zu verstehen.  
 Es galt und gilt mit sensiblem Gespür auf gesellschaftliche Veränderungen und die damit  
 verbundenen Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche, dem Potenzial unserer Zukunft,  
 zu reagieren, d.h. eine Schule für *alle* Kinder „neu“ zu denken.

Dabei geht es um Zeit und Raum, Rhythmus und verlässliche Beziehungen.

Gemeinsames und individuelles Lernen/ (Er-)Leben, Schulfreude, Entfaltung, entsprechendes individuelles Fördern und Fordern sowie Beraten können nur in einem verbindlichen, persönlichen Rahmen gelingen, geprägt durch eine Kultur der Wertschätzung und ein entsprechendes Schul- (Lern-, Kommunikations- und Arbeits-) Klima.

Das ist einerseits eine Frage der Einstellung/Haltung, andererseits eine klare Erfordernis der angemessenen Ausstattung in räumlicher/baulicher, sächlicher und personeller Hinsicht ohne Ressourcenvorbehalt.

Vorrang vor Quantität haben in jedem Fall Qualität, Kontinuität und Zielorientierung aller Maßnahmen, das bestätigen zahlreiche wissenschaftliche Forschungsergebnisse in Bezug auf Gelingensbedingungen und Faktoren von Lernprozessen.

Als entscheidend werden immer wieder die Entwicklung verbindlicher multiprofessioneller Teamstrukturen genannt, d.h. ganzheitliches Lernen in verlässlichen Bindungen und Beziehungen an jedem Tag vor Ort.

Dies ist nach unserer Erfahrung mit ambulanten Zuweisungen von Förderschullehrern/sonderpädagogischen Beratungs- und Förderstunden aus einem übergeordneten Beratungs- und Förderzentrum weder für Kinder/Eltern noch für Lehrkräfte zu gewährleisten.

Vielmehr sollte in Hessen ein Schulgesetz den Bedürfnissen und dem Anspruch aller Kinder auf gesellschaftliche Teilhabe durch ein voneinander und miteinander Lernen mit einem umfassenden Verständnis von Inklusion gerecht werden, indem es in jeder (Ganztags-)Schule entsprechende Bedingungen schafft:

- Ressourcen bündelt
- z.T. bereits vorhandene Potenziale und Synergieeffekte nutzt
- multiprofessionelle Teams aus Förder- und Regelschullehrkräften, Psychologen, Erziehern, Sozialpädagogen, Therapeuten u.a. verlässlich an jedem Tag vor Ort in einem Stammkollegium verankert
- zielgerichtete Kooperationen mit Jugendhilfe, Vereinen, Verbänden, Institutionen, Hochschulen, Studienseminaren usf. fördert
- flexibel und differenziert regionale Standortbedingungen unterstützt
- Aus- und Fortbildung sichert
- angemessene Gruppengrößen im Blick hat

und damit nicht weniger Inklusion bewirkt, sondern gesamtgesellschaftlich, zukunftsorientiert, nachhaltig wirksam mehr.

*K. Bartak*

Kristina Bartak

Steinstraße 20  
35390 Gießen  
Tel. 0174-4875998



Gemeinsam leben Hessen (e.V.)  
c/o Elternbund Hessen · Oeder Weg 56 · 60318 Frankfurt

## **Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktion der SPD für ein Gesetz über die Neuregelung schulischer Inklusion in Hessen (GENESIS)**

Die Verabschiedung des geltenden Schulgesetzes am 20. September 2011 hat bisher nicht wesentlich dazu beigetragen, die völkerrechtliche zwingend gebotene Umsetzung der Verpflichtungen aus dem „Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen („UN-Behindertenrechtskonvention“) voranzutreiben. Die bereits zuvor kritische Situation des Gemeinsamen Unterrichts hat sich mit Blick auf Klassengrößen, Förderstunden etc. sogar eher verschärft. Der prozentuale Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf, die in Regelschulen unterrichtet werden, ist bisher nicht nennenswert angestiegen.

Grundsätzlich begrüßt der Verein Gemeinsam leben Hessen (e.V.) als Selbstvertretungsorganisation, dass die Fraktion der SPD sich der Mängel in der Neufassung des Hessischen Schulgesetzes von 2011 bewusst ist und die Situation verbessern möchte.

### **Stellungnahme zu den Paragraphen im Einzelnen:**

#### **§ 49 Anspruch auf sonderpädagogische Förderung**

(2) Dem Wunsch der Eltern auf sonderpädagogische Förderung in Förderschulen in ihren verschiedenen Formen ist zu entsprechen:

Einem so genannten Elternwahlrecht steht die Verpflichtung des Staates gegenüber, die UN-Behindertenrechtskonvention in umzusetzen. Inklusion ist ein individuelles Grundrecht, das gesellschaftlich nur anerkannt und realisiert werden kann, wenn ein klares Bekenntnis zur gemeinsamen Beschulung von Kindern mit und ohne Förderbedarf durch die entsprechende Gesetzgebung erfolgt. Die in der UN-Behindertenrechtskonvention beschriebene Garantie für „angemessenen Vorkehrungen“ für Kinder mit Förderbedarf macht das Aussortieren in Förderschulen im Übrigen überflüssig. Die Regelschule wird durch die Gewährung „angemessener Vorkehrungen“ vielmehr in die Lage versetzt, inklusiv zu beschulen, die Förderschule wiederum kann ihre Rolle als Schutzraum für förderungsbedürftige Kinder auf die Regelschule übertragen.

Die Aufrechterhaltung des Elternwahlrechtes verkennt zudem die grundsätzliche Wertentscheidung zugunsten inklusiver Bildung. Sie führt in der Konsequenz zu einer dauerhaften Etablierung eines Parallelsystems, das zum einen den gesellschaftlichen Bewusstseinswandel hin zu einem inklusiven Schulsystem behindern und zum anderen durch die doppelte Vorhaltung der personellen und sächlichen Ressourcen den Landeshaushalt unverhältnismäßig belasten würde.

Es ist aus Sicht von Gemeinsam Leben Hessen (e.V.) empfehlenswert, eine Übergangslösung vom segregierenden System hin zum inklusiven Schulsystem vorzusehen und im Einzelnen gesetzlich festzulegen. Hierzu gibt es bereits wissenschaftliche Überlegungen (vgl. Klaus Klemm / Ulf Preuss-Lausitz, Auf dem Weg zur schulischen Inklusion in Nordrhein-Westfalen. Empfehlungen zur Umsetzung

der UN-Behindertenrechtskonvention im Bereich der allgemeinen Schulen. Essen/Berlin, Juni 2011, S. 67 - 71.). Im Sinne des von der Landesarbeitsgemeinschaft Gemeinsam leben – gemeinsam lernen Hessen e.V. im Dezember 2010 vorgelegten Gesetzesentwurfes wäre es für eine solche Übergangsphase empfehlenswert, ab einem bestimmten Stichtag keine weiteren Schülerinnen und Schüler an den Förderschulen mehr aufzunehmen, so dass diese innerhalb eines Übergangszeitraums zu „Schulen ohne Schülerinnen und Schüler“ werden. Frei werdende Ressourcen könnten mit Beginn jedes neuen Schuljahres zur individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf in die Regelschulen verlagert werden, so dass dort für die statistisch häufigsten Förderschwerpunkte eine förderpädagogische Grundkompetenz entstünde. Für Schülerinnen und Schüler mit weniger häufigen Förderschwerpunkten würden die bisherigen Förderschulen in ihrer neuen Eigenschaft als „Förderkompetenzzentren“ Ressourcen jeweils dann bereit stellen, wenn sie in einer Schule individuell benötigt werden.

#### § 50 Inklusion, Kooperationsvereinbarung, Förderbudget

(1) Die Teilhabeassistenz bzw. Eingliederungshilfe als zusätzliche individuelle Maßnahme für ein Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf basiert auf der Regelung durch das SGB XII bzw. SGB VIII. Sie ist individuell auf das Kind zugeschnitten und wird von den Eltern beantragt. Die örtlichen Sozialhilfeträger, die diese Unterstützung leisten müssen, sehen sich derzeit in der Rolle des Ausfallbürgen für die mangelnde Umsetzung durch das Schulgesetz (§ 49 Abs. 2: Ressourcenvorbehalt). In der Praxis erleben wir daher, dass die Anträge der Eltern regelmäßig abgelehnt werden und die inklusive Beschulung dadurch nicht ermöglicht werden kann.

Diese Vorgehensweise entspricht nicht den Zielvereinbarungen des hessischen Aktionsplans. Dieser sieht vielmehr vor, dass Projekte zur Inklusion gemeinsam erarbeitet und die regionalen Behörden vor Ort bei der Umsetzung entsprechend unterstützt werden. Ein Budgetmodell würde den Einsatz von zusätzlichen Helfern im Sinne einer Teilhabeassistenz für alle Seiten wesentlich erleichtern. Der Bedarf könnte direkt und gezielt gesteuert werden, so dass der bürokratische Aufwand für die jeweils einzelne Bewilligung entfällt und sich den Eltern eine einzige Anlaufstelle für die Bereitstellung der notwendigen Vorkehrungen direkt in der Schule vor Ort bietet.

Die gesetzliche Festschreibung von Förderbudget und Kooperationsvereinbarung ist daher eine notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung der schulischen Inklusion.

(2) Fördersysteme wie die Kleinklassen für Erziehungshilfe und Sprachheilklassen lehnen wir ab. Diese sind Bestandteil des alten und überkommenen Förderschulwesens, das völkerrechtlich zwingend schrittweise in ein inklusives Schulsystem überführt werden muss. Die Förderschwerpunkte Lernen, Emotionale und soziale Entwicklung sowie Sprache sollten sofort aufgelöst und Schülerinnen und Schüler mit einem dieser Förderschwerpunkte in die Regelschulen überführt werden. Zahlreiche Studien belegen, dass Schülerinnen und Schüler dieser Förderschwerpunkte in heterogenen Gruppen deutlich besser lernen als in den existierenden Förderschulen (vgl. Hans Wocken, *Fördert Förderschule? Eine empirische Rundreise durch Schulen für »optimale Förderung«*. In: Demmer-Dieckmann, I./Textor, A. (Hrsg.): *Integrationsforschung und Bildungspolitik im Dialog*. Bad Heilbrunn, 2007, S. 35 – 59.). Allenfalls für Schülerinnen und Schüler, die zum Zeitpunkt der Inkrafttretens einer Schulgesetzreform, mit der die Förderschulen für Lernen, Emotionale und soziale Entwicklung sowie Sprache aufgelöst werden, eine solche Förderschule besuchen, wäre ein temporäres Wahlrecht dahingehend denkbar, dass der Besuch der Förderschule zu Ende geführt werden kann. Nach Einschätzung von Gemeinsam leben Hessen (e.V.) wäre allerdings auch in einem solchen Fall mit einer „Abstimmung mit den Füßen“ zugunsten inklusiven Unterrichts in den Regelschulen zu rechnen, da vielfach Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf nur durch den Ressourcenvorbehalt an inklusiven Wegen für ihre Kinder gehindert wurden.

Zur Problematik der emotional-sozial auffälligen Kinder sind oft besondere Vorkehrungen nötig. Das kann u.a. auch die Kleinklasse sein, doch sollte es sich dabei immer um eine Regelschulkasse handeln. Die Aussonderung solcher Kinder aus dem Regelschulsystem, z.B. zu stationären psychiatrischen Therapiemaßnahmen darf immer nur vorübergehender Natur sein und muss als solche zeitweilige Maßnahme deutlich festgelegt werden.

(3) und (4): Die Kooperationsvereinbarung ist, wie unter Absatz (1) ausgeführt, ausdrücklich zu begrüßen. Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention fordert alle Bereiche des Lebens, es sind somit unterschiedliche Behörden betroffen, die eng miteinander kooperieren müssen, um eine erfolgreiche Umsetzung der Inklusion zu erreichen (vgl. Positionspapier zum Handlungsfeld Schulbegleitung in Oberbayern – Entwicklung und Gestaltung der Leistungstypen Schulbegleitung an Regelschulen und Förderschulen, 20.7.2011, S. 13. Sybille Volkholz/Rainer Maikowski (Hrsg.), Inklusive Schule in Berlin - Empfehlungen des Beirats, Berlin, 2013, S. 13 – 15)

#### §51 Inklusiver Unterricht in allen Schulen

(3) Förderschulen können in inklusive Schulen umgewandelt werden: Förderschulen in die Form der inklusiven Schule zu überführen, ist bei Schulen mit besonderer schulischer Ausstattung (z.B. im Bereich Geistige Entwicklung oder Körperliche und motorische Entwicklung mit der konkreten medizinischen und therapeutischen Versorgung) sinnvoll. Um diesen Prozess aber auch tatsächlich in Gang zu setzen, muss die Umwandlung solcher Schulen in inklusive Schulen gesetzlich eindeutig und nicht als Wahlrecht vorgegeben werden.

Dazu gehört auch die im Gesetz verankerte notwendige personelle und finanzielle Unterstützung für ein solches Vorhaben.

#### § 53 Förderschulen und Förderzentren

(1) Die Verwirklichung eines inklusiven Schulsystems ist die Vorgabe der UN-Behindertenrechtskonvention und das völkerrechtlich verbindliche Ziel, das durch gesetzliche Regelung in jedem Bundesland erreicht werden muss. Diesem völkerrechtlich determinierten Ziel widerspricht die Aufrechterhaltung eines zweigleisigen Systems, wie oben zu § 49 (2) ausgeführt. Die konsequente Einrichtung eines inklusiven Bildungssystems verlangt die vollständige Streichung von Abschnitt (1).

(3) Ein inklusives System setzt voraus, dass jeder Mensch mit seinen individuellen Fähigkeiten und Einschränkungen Teil der Gesellschaft ist. Menschen mit Behinderungen und/oder Einschränkungen müssen die nötigen Vorkehrungen zur vollen Teilhabe erhalten, und zwar jeder einzelne in seinem individuellen Fall, wobei völkerrechtlich anerkannt ist, dass ein Vorenthalten der gebotenen angemessenen Vorkehrungen eine unzulässige Form der Diskriminierung darstellt. Ein System von unterschiedlichen Förderschwerpunkten aufrecht zu erhalten, kann nur eine behelfsmäßige Übergangslösung zur Diagnostik sein, sie birgt die Gefahr der Ab- und Ausgrenzung innerhalb der Gruppe und trägt nicht wirklich zur Schaffung eines Systems bei, in dem die Akzeptanz der Heterogenität individuelle Förderung als selbstverständlich vorausgesetzt wird. Klar muss sein, dass die bisherige Förderdiagnostik in Umsetzung der völkerrechtlichen Vorgaben ihren aussondernden Charakter verlieren muss und ausschließlich der Konkretisierung des Begriffs der „angemessenen Vorkehrungen“ im Einzelfall dienen darf.

#### § 54 Überprüfung und Feststellung des Anspruchs auf sonderpädagogische Förderung

Grundsätzlich hat sich in der Praxis der Förderausschüsse gezeigt, dass diese mit hohem verwaltungstechnischen Aufwand für alle Beteiligten verbunden sind. Für die Eltern wiederum bedeutet die derzeitige Situation hohen emotionalen Stress, denn der Förderausschuss ist bisher das maßgebliche Instrument, das über die Zuweisung zur Regel- oder Förderschule entscheidet.

Ratsamer wäre es für die Feststellung über die Art der angemessenen Vorkehrungen zur inklusiven Beschulung ein multiprofessionelles Team (bestehend aus Lehrern, Förderlehrern, Sozialpädagogen/ Sozialarbeitern) vor Ort einzurichten, das mit den individuellen Problematiken vertraut ist und den Prozess der inklusiven Beschulung im Einzelfall begleiten kann.

Das in Abschnitt (2) erwähnte schulärztliche Gutachten ist zu eng gefasst. Beruht ein solches Gutachten nur auf der Entscheidung eines Amtsarztes, besteht erfahrungsgemäß die Gefahr, dass nicht im Sinne des Kindes die bewusste Entscheidung zur Gewährung der notwendigen Maßnahmen getroffen wird. Besser wäre die Festlegung auf ein generell fachärztliches Gutachten, wie z.B. in SGB VIII § 35a ausgeführt.

## § 55 Nähere Ausgestaltung der sonderpädagogischen Förderung

Im letzten Satz („Hierbei kann geregelt werden, dass die inklusive Beschulung in der allgemeinen Schule von einer angemessenen räumlichen Ausstattung abhängig gemacht werden kann.“) findet sich indirekt ein Ressourcenvorbehalt bezüglich der sächlichen Vorkehrungen. Dieser Satz ist zu streichen.

### Zusammenfassung:

Der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD trägt der Verpflichtung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention nicht in ausreichendem Maße Rechnung. Das bewusste und klare Bekenntnis zur Realisierung des inklusiven Schulsystems muss deutlich formuliert werden.

Elternwahlrecht und Aufrechterhaltung des zweigleisigen Systems entsprechen nicht den Zielvorgaben eines inklusiven Systems, das zweigleisige Schulsystem ist zudem die kostenintensivste Variante, die in Anbetracht der begrenzten Haushaltsmittel und der im Landesrecht verankerten Schuldenbremse nicht durchsetzbar sein wird und höchstens als Übergangslösung dienen kann.

Es fehlen die notwendigen klaren Regelungen für den Übergangsprozess. Angaben über inhaltlich und zeitlich definierte Zielvorgaben müssen ergänzt werden, um diesen Prozess verantwortungsvoll zu steuern.

Es darf keinen Ressourcenvorbehalt, auch nicht im räumlichen und sächlichen Bereich, geben. Er steht im Widerspruch zum Menschenrecht auf diskriminierungsfreien Zugang zur Bildung.

Ein neuer und für die Praxis sehr hilfreicher Aspekt sind Förderbudget und Kooperationsvereinbarung. In diese Richtung gilt es weitere Überlegungen anzustellen, sie entsprechen der Zielrichtung des hessischen Aktionsplans für Inklusion, der als Grundlage für die Realisierung der Inklusion in Hessen dient.

Der Verein Gemeinsam leben Hessen (e.V.) schließt sich in der Nachfolge der hessischen Landesarbeitsgemeinschaft Gemeinsam leben - gemeinsam lernen e.V. den Empfehlungen zur Umsetzung des Artikels 24 UN-Behindertenrechtskonvention an, die im „Entwurf zu einem Gesetz zur Umsetzung des Menschenrechts auf inklusive Bildung gemäß Artikel 24 des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in das Hessische Landesrecht“, Frankfurt, Dezember 2010, formuliert wurden.



VERBAND DEUTSCHER PRIVATSCHULEN  
HESSEN e.V.  
BILDUNGSEINRICHTUNGEN IN  
FREIER TRÄGERSCHAFT

VDP Verband Deutscher Privatschulen Hessen e.V.  
Dambachtal 37 65193 Wiesbaden  
Hessischer Landtag  
Frau Michaela Öfftring  
-KPA-  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden

**Geschäftsstelle**  
Dambachtal 37  
65193 Wiesbaden

t: 0611 / 45 04 25 82  
m: 0160 / 58 83 93 92

email: kaess@privatschulen-hessen.de  
i: www.privatschulen-hessen.de

**Geschäftsführung:**  
Kirsten Käss, RAin

**Vereinsregister:**  
Amtsgericht Wiesbaden  
VR 4233

**Bankverbindung:**  
Deutsche Kreditbank  
Kto-Nr. 100 83 90 542  
BLZ 120 300 00

# **Gesetzesentwurf der SPD für ein Gesetz über die Neuordnung schulischer Inklusion in Hessen (GENESIS)-Drucks. 18/ 7125**

Ihr Schreiben vom 12.04.2013

Stellungnahme des VDP Hessen e.V.

Wiesbaden, 6. Mai 2013

Sehr geehrter Herr Dr. Reuter,  
sehr geehrte Frau Öfftring,  
sehr geehrte Damen und Herren,

der Verband Deutscher Privatschulen Hessen e.V. (nachfolgend VDP Hessen) dankt Ihnen herzlich für die Möglichkeit zum Gesetzesentwurf der SPD für ein Gesetz über die Neuordnung schulischer Inklusion in Hessen Stellung zu nehmen.

Die uns angeschlossenen Ersatzschulen begrüßen die Umsetzung der Inklusion in Hessen; darüber hinaus sind viele unserer allgemeinbildenden und beruflichen Mitgliedsschulen bereits seit Jahren im Rahmen der individuellen Förderung ihrer Schüler und Schülerinnen inklusiv tätig.

Aus der Erfahrung wissen wir auch, dass einer inklusiven Beschulung je nach Förderbedarf des einzelnen Kindes Grenzen gesetzt sind bzw. zunächst geeignete schulische Rahmenbedingungen vorhanden sein müssen.

Bei der Frage der Schaffung der Rahmenbedingungen kann und darf nach unserer Ansicht die „Privatschulfreiheit“ des Art. 7 Abs. 1 GG nicht außer acht gelassen werden. Nach dieser ist eine der UN Konvention entsprechende Förderung des einzelnen Kindes nur dann möglich, wenn und die einzelne (Privat-)Schule gemäß ihrer pädagogischen Prägung die jeweiligen Förderbedarfskriterien und Fördermöglichkeiten aufstellen kann.



Davon unabhängig begrüßen wir die Verankerung des Elternwahlrechts in § 54 Abs. 3 HSchG. Dieses bietet den Eltern eine gute Entscheidungsplattform.

Nachfolgend nehmen wir inhaltlich wie folgt Stellung:

- **Zu Punkt 4 zum HSchG: § 171 Abs. 4 (neu)**

Die Änderung führt zu folgender Neufassung von § 171 Abs. 4:

„Die Schule muss Formen der inklusiven Beschulung nach dem siebten Abschnitt des dritten Teils und der Mitwirkung von Eltern und Schülerinnen und Schülern nach dem achten und neunten Teil dieses Gesetzes dem Wesen der Schule in freier Trägerschaft entsprechend gewährleisten.“

Aufgrund des Verweises im siebten Abschnitt auf den dritten Teil des HSchG ergibt sich hieraus, dass für die Gewährleistung von wie es heißt „Formen der inklusiven Beschulung“ zur Voraussetzung dafür wird, dass eine Genehmigung einer Ersatzschule erteilt bzw. aufrechterhalten werden kann.

Dem widersprechen wir aus den **nachfolgenden Gründen:**

1. Bei der Formulierung „Formen der inklusiven Beschulung“ handelt es sich um einen „unbestimmten Rechtsbegriff“. Die Wortwahl gibt keine klare Auskunft darüber, ob es reicht, *eine* Förderschulform nach § 53 HSchG anzubieten oder womöglich (was aber kaum gemeint sein kann) alle Förderschulformen.

2. Die Bezuschussung der Ersatzschulen auf Basis einer Schülerkopfpauschale erlaubt es nicht, für ein einzelnes Kind entsprechendes Fachpersonal vorzuhalten oder erforderliche Sachinvestitionen zu tätigen; dies hätte zur Folge, dass für ein Kind mit unterschiedlichen Förderbedarfen eine Einstufung vorgenommen werden müsste, die aber dem tatsächlichen Förderbedarf nicht entspricht. Eine Verallgemeinerung der verschiedenen Förderbedarfe verbietet sich an dieser Stelle nicht zuletzt im Hinblick auf das Kindeswohl.

3. Durch die Neufassung des § 171 Abs. 4 HSchG kommt es nach unserer Ansicht zu einer verfassungsrechtlich bedenklichen Erweiterung der Genehmigungsvoraussetzungen und somit zu einer Einschränkung der Privatschulfreiheit.

Eine bereits genehmigte Ersatzschule hat aber mehr Freiräume. Zum Beispiel hat die genehmigte Ersatzschule die Möglichkeit, nach eigenem Ermessen zu entscheiden, auf welchem Wege und mit welchen Mitteln ein gleichwertiger Bildungsabschluss angestrebt wird. Das BVerwG hat in seiner Entscheidung vom 13.12.2000 (Az.1 D 34/98) hierzu ausführlich Stellung genommen.

Mit der Neufassung des § 171 HSchG würde im Interesse der Gründungsfreiheit aber faktisch bewirkt, dass die genehmigte Ersatzschule bzw. die Schule in Gründung eine weitere Voraussetzung, nämlich „Formen der inklusiven Beschulung“ vorhalten muss. **Damit würde faktisch die Erweiterung des Absatz 4 durch die Gewährleistung von „Formen der inklusiven Beschulung“ zu einer unzulässigen Erweiterung der Genehmigungsvoraussetzungen führen.** Die Genehmigungsvoraussetzungen für eine Schule in freier Trägerschaft sind indes abschließend im Art 7 Abs. 4 GG benannt (so auch das BVerwG in seiner Entscheidung v. 13.12.2000).



Nach unserer Ansicht ist die vorgesehene Erweiterung in § 171 Abs. 4 HSchG ersatzlos zu streichen.

Wir danken Ihnen nochmals für die Möglichkeit Stellung zu nehmen und hoffen, in einen konstruktiven Dialog mit Ihnen treten zu können.

Für Rückfragen steht Ihnen der Unterzeichner jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



K. Käss  
Geschäftsführerin VDP Hessen e.V.  
Rechtsanwältin

vds Landesverband Hessen e.V. – Orangeriegasse 4b – 61348 Bad Homburg

Hessischer Landtag,  
Geschäftsführerin Frau Öfftring  
Schlossplatz 1 – 3  
65183 Wiesbaden

Verband  
Sonderpädagogik  
Landesverband Hessen e.V.  
www.vds-hessen.com



**1. Vorsitzende**  
Inge Holler-Zittlau  
Barfüßerstraße 49  
35037 Marburg  
Tel 06421 21682  
Fax 06421 21685  
[Holler-Zittlau@vds-hessen.com](mailto:Holler-Zittlau@vds-hessen.com)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Marburg, den 5.5.2013

Vielen Dank für die Zusendung des Entwurfs des Gesetzes über die Neuregelung schulischer Inklusion in Hessen (GENESIS). Gerne nehmen wir, der vds Verband Sonderpädagogik LV-Hessen, dazu in nachfolgenden Punkten Stellung.

Unsere Anmerkungen zu A:

- Mit der Unterzeichnung der UN-BRK im März 2009 hat sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet die Konvention auf allen Ebenen umzusetzen. Mit dem von der Landesregierung formulierten Ressourcenvorbehalt kommt die Umsetzung der UN-BRK in Hessen nur unzureichend und schleppend voran. Dabei ist der Ressourcenvorbehalt **nur ein Problem**.
- Der vds-LV Hessen regt an, die Begriffe der „Sonderpädagogischen Förderung“ bzw. des „Sonderpädagogischen Förderbedarfs“ durch die Formulierungen „**Förderbedarf**“ bzw. „**intensive Förderung**“ zu ersetzen. Formulierungen mit „sonderpädagogisch ...“ implizieren zumeist eine Etikettierung und institutionelle Separierung.
- Zu beachten ist zudem, dass alle Schülerinnen und Schüler in Hinblick auf die schulischen und individuellen Bildungs- und Entwicklungsziele einen Anspruch auf Förderung haben. Lernen erfolgt bei jedem Individuum auf der Basis, der individuellen körperlichen Grundlagen und der individuell erworbenen Kompetenzen.
- In diesem Sinne ist es Auftrag jeder Schule jede Schülerin und jeden Schüler auf der Basis einer individuellen Lernstandsdiagnostik in seinen/ihren Kompetenzen zu stärken und zu fördern.
- Inklusiver Unterricht, d.h. eine inklusive Pädagogik impliziert nach Auffassung des vds-LV Hessen frühzeitige und systematische Prävention und die Abschaffung von diskriminierenden Etikettierungen und Festschreibungen von Defiziten (Behinderungen, andersartig sein...).
- Mit der Aufhebung der individuellen diskriminierenden Etikettierung ist aus unserer Sicht eine systembezogene Ressourcenzuweisung notwendig und unter Berücksichtigung statistischer Daten der vergangenen Jahrzehnte auch regional möglich. Erfolgreiche Konzepte und Modelle zur inklusiven Bildung sind in ihren theoretischen Grundlagen und in der Umsetzung in der Praxis in der Literatur beschrieben.

Wir bitten unsere nachfolgend in der Sichtung des GENESIS formulierten Anmerkungen und Überlegungen in die weiteren Beratungen aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

*Inge Holler-Zittlau*

Inge Holler-Zittlau

(Vorsitzende vds-LV Hessen)

**1. Vorsitzende**  
Inge Holler-Zittlau  
Barfüßerstraße 49  
35037 Marburg

**Geschäftsstelle**  
Brigitte Müller  
Höhestraße 10  
61348 Bad  
Homburg

Unsere Zeitschrift  
**Behindertenpädagogik**

**Bankverbindung**  
Frankfurter Sparkasse  
BLZ: 500 502 01  
Konto: 947 407

**Steuernummer**  
003 250 94255

Seite 1 von 7

## Anmerkungen des vds LV-Hessen zu einzelnen Paragraphen des GENESIS

Anmerkung: **gelbe** Markierung bedeutet: Text löschen

**rote** Markierung bedeutet Text einfügen

Unterstreichungen bedeutet: Anmerkungen dazu am Textrand

Der siebte Abschnitt erhält folgende Fassung:

"Siebter Abschnitt

### Sonderpädagogische Förderung

§ 49

Anspruch auf **sonderpädagogische** Förderung

- (1) Kinder und Jugendliche mit Behinderung und drohender Behinderung haben Anspruch auf **sonderpädagogische** **X** Förderung und angemessene Unterstützung. Sie besuchen den Unterricht der allgemein-bildenden und beruflichen Schulen (allgemeine Schulen) gemeinsam mit **X** Schülerinnen und Schülern **ohne Behinderung** (inklusive Bildung).
- (2) Dem Wunsch der Eltern auf **sonderpädagogische** Förderung in Förderschulen in ihren verschiedenen Formen ist zu entsprechen.
- (3) Die **sonderpädagogische** **X** Förderung erfolgt für jede Schülerin und jeden Schüler auf der Grundlage eines individuellen Förderplans.

§ 50

Inklusion, Kooperationsvereinbarung, Förderbudget

- (1) Die allgemeinen Schulen und die Förderschulen **X** haben den gemeinsamen Auftrag, bei der Rehabilitation und Inklusion der Kinder und Jugendlichen mit Anspruch auf **sonderpädagogische** **X** Förderung in die Gesellschaft mitzuwirken und dabei mit den Jugendämtern und den Trägern und Einrichtungen der Jugendhilfe nach dem Achten Buch des Sozialgesetzbuchs und den Trägern der Sozialhilfe zusammenzuarbeiten. Die **sonderpädagogischen** Beratungs- und Förderzentren, die nach § 53 Abs. 2 an Förderschulen eingerichtet worden sind, koordinieren die Zusammenarbeit und unterstützen die allgemeinen Schulen bei der Erfüllung des Förderauftrags. Der Erfüllung des Auftrags dienen insbesondere Maßnahmen der Prävention und Minderung von Beeinträchtigungen in der allgemeinen Schule. Sie sind in Zusammenarbeit von allgemeiner Schule und Förderschule zu entwickeln.
- (2) Zu den vorbeugenden Maßnahmen gehören Fördersysteme wie zum Beispiel Kleinklassen für Erziehungshilfe und Sprachheilklassen. Hessischer Landtag · 18. Wahlperiode · Drucksache 18/7125 3

Bei Streichung der Begriffe „Behinderung“ und „Sonderpädagogik“ würden sich §49ff auf alle Schülerinnen und Schüler im schulischen Bildungssystem beziehen.

X einfügen: **intensive**

X einfügen: **allen**

X einfügen: **intensive**

X einfügen: **Alle Schulen**

X einfügen: **intensive**

Alle Institutionen, die an der Bildung und Erziehung der Schüler und Schülerinnen beteiligt sind, haben die Verpflichtung zur Kooperation und individuellen Förderung

Kleinklasse für Erziehungshilfe und Sprachheilklassen sind separierendes Systeme und nicht im Sinne der UN-BRK. Eine dezentrale Ressourcenzuweisung ermöglicht präventive Förderung ohne diskriminierende und etikettierende Zuschreibung.

Die Kleinklasse ist die flexible Organisationsform, in der die besondere Förderung einzeln oder gemeinsam in Lerngruppen erfolgt. Der Schulträger legt im Schulentwicklungsplan (§ 145) fest, in welcher Zahl Kleinklassen für Erziehungshilfe oder Sprachheilklassen einge-richtet und unterhalten werden.

- (3) Schul- und Jugendhilfeträger und Land **schließen** X eine Kooperationsvereinbarung über die Ausgestaltung der inklusiven Beschulung **ab**.
- (4) Im Rahmen der Kooperationsvereinbarung gemäß Abs. 3 sind die Bildung und Ausgestaltung des regionalen Förderbudgets zu regeln.

X einfügen: **Sind verpflichtet eine ... einzugehen.**

Der Begriff regionales Förderbudget ist unklar und bedarf der Konkretisierung. Welche Gelder fließen in das Budget? Wer speist diese ein? Wer verteilt, bzw. weist zu?

### § 51

#### Inklusiver Unterricht in allen Schulen

- (1) Alle allgemeinen Schulen bieten inklusiven Unterricht an. Inklusiver Unterricht von Schülerinnen und Schülern **mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung und ohne diesen** findet in enger Zusammenarbeit mit den Förderzentren statt. Bei der Planung und Durchführung des inklusiven Unterrichts wirken alle beteiligten Lehrkräfte zusammen.

(2) Ein Anspruch auf sonderpädagogische Förderung begründet nicht die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Schulform.

- (3) Förderschulen können in inklusive Schulen umgewandelt werden. Dies ist bei der Schulentwicklungsplanung nach §§ 145 und 146 zu berücksichtigen.

### § 52

#### Besonderer Unterricht in der Berufsschule

In der Berufsschule kann der Bedarf an **sonderpädagogischer** X Förderung außer in den Formen des inklusiven Unterrichts in der Regelklasse in Bildungsgängen erfüllt werden, die auf eine Berufsausbildung oder eine Berufstätigkeit vorbereiten oder für einen Beruf qualifizieren.

X einfügen: **intensiver**

### § 53

#### Förderschulen und Förderzentren

- (1) Bis zur Verwirklichung eines inklusiven Schulsystems sind Förderschulen, die nicht nach § 51 Abs. 3 zu inklusiven Schulen weiterentwickelt werden, Einrichtungen für Schülerinnen und Schüler, die auf Dauer oder für einen längeren Zeitraum einer **sonderpädagogischen** X Förderung bedürfen und deren Eltern sich für den Besuch dieser Schule entscheiden. In ihnen sind pädagogische Hilfen zur individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler sowie zur Erleichterung deren Übergangs in die allgemeinen Schulen zu geben. Die Förderschulen können entsprechend dem regionalen Bedarf als **eigen-ständige Schulen oder als** Zweige, Abteilungen oder Klassen allgemeiner Schulen geführt werden. Berufsschulen können als eigenständige **Förder**schulen nur X geführt werden, wenn besondere Formen überregionaler Berufsausbildung eine Beschulung in enger Verbindung mit der Ausbildungsstätte erforderlich machen.

Förderschulen sind sukzessive abzubauen, ggf. übergangsweise in kooperativen Formen zu führen.

X einfügen: **intensive**

X einfügen: **In Zusammenarbeit mit dem zuständigen BFZ**

- (2) **Sonderpädagogische** Beratungs- und Förderzentren werden **an Förderschulen** eingerichtet und übernehmen Aufgaben der Beratung und der ambulanten **sonderpädagogischen** X Förderung in den allgemeinen Schulen. Sie sollen mit den

X einfügen: **intensiven**

Beratungsstellen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe zusammenarbeiten. Über die Einrichtung eines sonderpädagogischen Beratungs- und Förderzentrums entscheidet das Kultusministerium im Benehmen mit dem Schulträger.

- (3) Sonderpädagogische Förderung ist nach Förderschwerpunkten gegliedert. Förderschwerpunkte mit einer der allgemeinen Schule entsprechenden Zielsetzung sind:

1. Sprachheilverföderung.
2. emotionale und soziale Entwicklung.
3. körperliche und motorische Entwicklung.
4. Sehen.
5. Hören.
6. krankte Schülerinnen und Schüler.

Förderschwerpunkte mit einer von der allgemeinen Schule abweichenden Zielsetzung sind:

1. Lernen.
2. geistige Entwicklung.

- (4) Aufgabe im Förderschwerpunkt Lernen ist es, Kinder und Jugendliche mit einer erheblichen und lang andauernden Lernbeeinträchtigung zu einem den Zielsetzungen entsprechenden Abschluss zu führen, soweit nicht der Übergang in den Bildungsgang einer allgemeinen Schule möglich ist. Die Förderung in dem Schwerpunkt Lernen erfolgt abweichend von Abs. 1 ausschließlich im Rahmen der inklusiven Beschulung.

- (5) Aufgabe im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung ist es, bei Kindern und Jugendlichen mit geistiger Behinderung kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe sicherzustellen, indem Schülerinnen und Schülern Kompetenzen vermittelt werden, selbstbestimmt soziale Bezüge mit zu gestalten und zur eigenen Existenzsicherung beizutragen.

#### § 54

Überprüfung und Feststellung des Anspruchs auf sonderpädagogische Förderung

- (1) Auf Antrag der Eltern oder der allgemeinen Schule im Benehmen mit den Eltern stellt die Schulaufsichtsbehörde den Anspruch auf sonderpädagogische X Förderung fest. Der Antrag der allgemeinen Schule muss den Anspruch auf Förderung begründen und die bisherigen vorbeugenden Maßnahmen darstellen; er kann ohne sonderpädagogische Überprüfung zurückgewiesen werden, wenn weitere vorbeugende Maßnahmen ausreichend und der allgemeinen Schule möglich sind.

- (2) Grundlage der Entscheidung über Art, Umfang und Dauer des Anspruchs auf sonderpädagogische X Förderung und über die Voraussetzungen für einen angemessenen Unterricht sind eine sonderpädagogische Überprüfung durch eine Förderschullehrerin oder einen Förderschullehrer, bei Bedarf eine schulärztliche Untersuchung und in Zweifelsfällen eine schulpyschologische Untersuchung. Das sonderpädagogische Überprüfungsverfahren kann mit Einverständnis der Eltern entfallen. Die Entscheidung wird in diesem Fall auf der Grundlage diagnostischer Unterlagen aus vorbeugenden Maßnahmen, aus dem Bereich vorschulischer Förderung und, wenn erforderlich, des schulärztlichen Gutachtens getroffen. Die

#### Die Gliederung nach Förderschwer-

punkten ist zu hinterfragen. Die Förderung muss sich an den kompetenzorientierten Förderplänen für die jeweilige Schülerin, den jeweiligen Schüler orientieren. Für die Förderung können keinen abweichenden Zielsetzungen sondern nur kompetenzorientierte Förderung sinnvoll sein. D.h. sehr wohl, dass es eine spezifische Förderung geben darf, kann und muss, die nicht über Etikettierung erfolgt. Die Förderung erfolgt durch spezifisch ausgebildete Fachkräfte (LehrerInnen).

X einfügen: **intensive**

Bei Abschaffung der etikettierenden Förderschwerpunkte entfällt die Feststellung des Anspruchs auf Sonderpädagogischen Förderbedarf.

Entscheidend ist eine differenzierten entwicklungs- und Lernstandsdiagnostik, die die Grundlage die die Grundlage für die Art, den Umfang und die Dauer der Förderung bildet. Das Sonderpädagogische Überprüfungsverfahren im Sinne einer Zuweisung/Etikettierung entfällt, wenn es kein sonderpädagogischen Überprüfungsverfahren gibt.



Eltern sind im Entscheidungsverfahren umfassend zu beraten; darin erstellte Gutachten sind ihnen in einer Ausfertigung auszuhändigen. Der Widerspruch und die Anfechtungsklage gegen eine Entscheidung nach diesem Absatz haben keine aufschiebende Wirkung.

- (3) Die Einschulung der Kinder erfolgt **in der Regel** in der allgemeinen Schule. Auf Antrag der Eltern kann ihr Kind die Förderschule besuchen.
- (4) Die Schulaufsichtsbehörde bestimmt **X** die zuständige Förderschule, wenn sich die Eltern für deren Besuch entschieden haben. Sie entscheidet ferner **im Rahmen der personellen Voraussetzungen über Y die Gewährung von Sonderunterricht**, wenn Schülerinnen oder Schüler auf Dauer oder für eine längere Zeit zum Besuch einer Schule nicht fähig sind **oder auch in einer Förderschule nicht gefördert werden können**.
- (5) Auf Antrag der Eltern bestellt die Schulaufsichtsbehörde für die Schülerinnen und Schüler mit Anspruch auf **sonderpädagogische X Förderung** einen Förderausschuss; ihm gehören an.
1. die Fachberaterin oder der Fachberater für die sonderpädagogische Förderung oder eine vom Staatlichen Schulamt Beauftragte oder ein Beauftragter mit der Wahrnehmung des Vorsitzes,
  2. eine Lehrkraft der allgemeinen Schule,
  3. eine Vertreterin oder ein Vertreter des sonderpädagogischen Beratungs- und Förderzentrums,
  4. die Eltern des Kindes,
  5. eine Vertreterin oder ein Vertreter aus dem Bereich der Frühförderung oder des Kindergartens mit beratender Stimme, wenn das Kind eine Einrichtung dieser Art besucht hat,
  6. eine Vertreterin oder ein Vertreter des Schulträgers, wenn der inklusive Unterricht besondere räumliche und sächliche Leistungen erfordert,
  7. eine Vertreterin oder ein Vertreter des Schul- und Jugendhilfeträgers.
- (6) Der Förderausschuss gibt der Schule eine Empfehlung über einen dem festgestellten Anspruch auf **sonderpädagogische X Förderung** angemessenen Unterricht. Er hat ferner die Aufgabe, die allgemeine Schule bei der Förderung der Schülerin oder des Schülers mit Anspruch auf **sonderpädagogische X Förderung** zu beraten und den schulischen Bildungsweg zu begleiten.

## § 55

Nähere Ausgestaltung der **sonderpädagogischen X Förderung**  
 Die nähere Ausgestaltung der **sonderpädagogischen X Förderung** insbesondere in Bezug auf allgemeine Grundsätze und Ziele, den individuellen Förderplan sowie die Gestaltung des Unterrichts erfolgt durch Rechtsverordnung. Hierbei kann geregelt werden, dass die inklusive Beschulung in den allgemeinen Schulen **von einer angemessenen räumlichen Ausstattung abhängig X gemacht werden kann**."

3. § 61 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:

"(1) Kinder und Jugendliche mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung erfüllen die Vollzeitschulpflicht in der Regel durch den Besuch der allgemeinen Schule oder auf Wunsch der Eltern in der Förderschule **X**."

X einfügen: **in einer zu terminierenden Übergangszeit**

Y einfügen: **spezifische Maßnahmen**

X einfügen: **intensive**

Wenn deutlich wird, dass Art, Umfang und Dauer der Förderung dem Ziel der Förderung nicht genügen ist auf Antrag der Eltern oder der Schule ein Förderausschuss zu bilden. Dieser gibt Empfehlungen über eine Veränderung der Förderung.

X einfügen: **intensive**

Y einfügen: **intensive**

X einfügen: **intensive**

X einfügen: **zu ... führen muss**

X einfügen: **in der Übergangszeit**

4. In § 171 Abs. 4 werden nach dem Wort "Formen" die Wörter "der inklusiven Beschulung nach dem siebten Abschnitt des dritten Teils und" eingefügt.

5. An § 187 wird als Abs. 6 angefügt:

"(6) Selbstständige Förderschulen oder Zweige, Abteilungen oder Klassen an allgemeinen Schulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen, die vor dem 1. August 2015 Schülerinnen und Schüler aufgenommen haben, können für eine Übergangszeit fortgeführt werden, die den Schülerinnen und Schülern ermöglicht, ihre Schullaufbahn ohne Schulwechsel fortzuführen. § 144a Abs. 3 und 4 bleibt unberührt."

Dieser Abs. 5 entspricht den aufgeführten Überlegungen der UN-BRK!!

## Artikel 2

### Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft

### Begründung

#### A. Allgemeiner Teil

Jedes Kind hat Anspruch auf bestmögliche Bildung. Um dies zu erreichen, bedarf es grundsätzlicher Änderungen in unserem Bildungssystem. Denn die schulische Bildung in Hessen führt dazu, dass die Kinder von Beginn an in Bildungsgewinner und Bildungsverlierer aufgeteilt werden und der soziale Status der Eltern über die Bildungschancen der Kinder entscheidet. Es gelingt nicht, alle Begabungen eines Kindes zu entfalten. Zu viele Kinder werden zu früh auf ihrem individuellen Bildungsweg zurückgelassen. Zu wenige Kinder erreichen einen Abschluss, der ihnen die Chance auf einen hoch qualifizierten Berufsweg eröffnet.

Dies gilt in besondere Weise für Menschen mit Behinderungen, die bisher in der Regel an sogenannten Förderschulen beschult wurden. Mit der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung hat nun jedes Kind einen Anspruch auf eine Beschulung in der Regelschule. Also ist es zwingend geboten, hier ein echtes Wahlrecht der Eltern für ihre Kinder einzuräumen - ein Ressourcenvorbehalt widerspricht der Konvention.

#### B. Besonderer Teil

##### Zu Art. 1

##### Zu Nr.1

Redaktionelle Folgeänderung im Inhaltsverzeichnis aufgrund der Neufassung des siebten Abschnitts.

##### Zu Nr. 2

##### Zu § 49

In Abs. 1 werden die Regelungen von § 49 Abs. 1 übernommen.

In Abs. 2 wird festgelegt, dass sonderpädagogische Förderung in der Regel in den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen erfolgt. Allerdings wird auch sichergestellt, dass dem Elternwunsch nach Beschulung in Förderschulen Rechnung zu tragen ist. Die Eltern erhalten damit eine echte Wahlmöglichkeit.

##### Zu § 50

In § 50 erfolgt eine Klarstellung in der Überschrift und in Abs. 1, dass das Ziel der Inklusion gemäß VN-Konvention für Menschen mit Behinderung in den Blick genommen wird. Folglich wird der Terminus "Integration" durch den Terminus "Inklusion" ersetzt.

In Abs. 2 wird die Zuständigkeit für die Einrichtung von Kleinklassen für Erziehungshilfe und Sprachheilklassen den kommunalen Schulträgern zugeordnet.

In Abs. 3 wird bestimmt, dass Schulträger, Jugendhilfeträger und Land eine Kooperationsvereinbarung zur Umsetzung der Inklusion abzuschließen haben.

In Abs. 4 wird bestimmt, dass ein regionales Förderbudget gebildet wird. Aus diesem wird sonderpädagogische Förderung finanziert.

Als separierendes System entspricht die Organisationsform Kleinklasse nicht der UN-BRK.

Auf was würden sich die Zuständigkeiten Beziehen?

Eine Konkretisierung wäre erforderlich.

**Zu § 51**

In **Abs. 1** wird bestimmt, dass der inklusive Unterricht an den allgemeinbildenden Schulen in enger Abstimmung mit den Förderzentren durchgeführt wird und dabei Förderschullehrer eingebunden werden.

In **Abs. 2** wird bestimmt, dass der inklusive Unterricht an den allgemeinbildenden Schulen in integrierten und teilintegrierten Angeboten stattfindet.

In **Abs. 3** wird bestimmt, dass Förderschulen, die sich für Kinder ohne Anspruch auf **sonderpädagogische** Förderung öffnen und damit zu inklusiven Schulen werden, bei der Schulentwicklungsplanung voll zu berücksichtigen sind. **Zu § 52**

Es erfolgt eine redaktionelle Änderung.

**Zu § 53**

In **Abs. 1** werden die Aufgaben der Förderschulen und deren äußere Organisation **X** näher bestimmt.

In **Abs. 2** werden die Aufgaben der **sonderpädagogischen** **X** Förderzentren näher bestimmt.

In **Abs. 3 bis 5** werden die Förderschwerpunkte näher bestimmt. Zugleich wird in Abs. 4 in Verbindung mit § 187 Abs. 6 das Auslaufen der selbst-ständigen Schulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen geregelt.

**Zu § 54**

In **Abs. 1 und 2** werden die Grundsätze des Verfahrens zur Feststellung des Anspruchs auf sonderpädagogische Förderung näher bestimmt.

In **Abs. 3** sichert **X** ein weitreichendes Elternwahlrecht in der Frage, ob das Kind **sonderpädagogische** **Y** Förderung an einer allgemeinbildenden Schule oder an einer Förderschule erhalten soll.

In **Abs. 4** wird das Verfahren der Zuordnung der Kinder mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung an die zuständige Förderschule sowie zum Sonderunterricht näher bestimmt.

In **Abs. 5** wird der Förderausschuss, der auf Antrag der Eltern **Z** eingerichtet wird, näher bestimmt.

In **Abs. 6** werden die Aufgaben des Förderausschuss nach Abs. 5 definiert.

**Zu § 55**

Verordnungsermächtigung zur näheren Ausgestaltung der **sonderpädagogischen** **X** Förderung wird mit Vorgaben versehen.

**Zu Nr. 3**

Es handelt sich um eine klarstellende Folgeänderung zur Neufassung des § 49 Abs. 1.

**Zu Nr. 4**

Damit wird bestimmt, dass auch Schulen in freier Trägerschaft sich der inklusiven Beschulung öffnen müssen. Zur Wahrung des Grundsatzes der Privatschulautonomie aber nur der Rahmen festgelegt.

**Zur Nr. 5**

Auf die Begründung zu Nr. 1 § 53 Abs. 4 wird verwiesen.

**Zu Art. 2**

Dieser Artikel beinhaltet die Regelung über das Inkrafttreten.

Wiesbaden 12. März 2012

Der Fraktionsvorsitzende:

**Schäfer-Gümbel**

X einfügen: **für die Übergangszeit**

X einfügen: **intensive**

Siehe: Anmerkungen zu den Förderschwerpunkten

X einfügen: **für ein Übergangszeit**

Y einfügen: **intensive**

Z einfügen: **oder der Schule**

X einfügen: **intensiven**